

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 16.10.2008	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:50 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver

Hannuschka, Lutz

Hens, Bernd

Kampschulte, Matthias

Lusebrink, Hans-Otto

Vertretung für Herrn Zeilert

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Hortolani, Frauke Dr.

Philipp, Gerd

Schier, Peter

Vertretung für Herrn Stobbe

Werner, Gudrun

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Kranz, Jürgen

Siepmann, Ernst Walter

Schwunk, Michael

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Esser, Meinhard

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Heringhaus, Petra

Abwesend:

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Herr Dr. Steinrücke schlägt vor, die Tagesordnung um folgende Punkte zu ergänzen:

- neuer Tagesordnungspunkt A 14: Vorlage 184/2008
Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.08
"Weiterführung des Schwelmebades"
- neuer Tagesordnungspunkt A 16: Vorlage 177/2008/1
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.08
"Stärkung der Wirtschaftsförderung"

Nach Erörterung insbesondere über die Aufnahme des kurzfristig eingegangenen Antrages „Weiterführung des Schwelmebades“ soll die Tagesordnung wie vorgeschlagen erweitert werden.

Herr Kranz zieht den Antrag der SWG vom 16.09.08 „ Bädersituation Bürgerbegehren“ (A 13) zurück.

Die Neufassung des FDP Antrages –neuer Tagesordnungspunkt A 16- ersetzt den bisherigen Antrag Tagesordnungspunkt A 15, der deshalb abgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	3

befangen: Herr Siepmann

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.09.2008
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 3 Mitteilungen
- 4 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. 154/2008
125 Abs. 2 BauGB - Planungsbeschluss für die Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende)
- 5 Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" 155/2008
 1. Beschlussfassung über § 3.1 BauGB
 2. Beschlussfassung über § 4.1 BauGB
 3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3.2 BauGB
 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden u. sonstiger

Träger
öffentlicher Belange gem. § 4.2 BauGB

6	Bildung einer Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NW	159/2008
7	Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen - Betriebskostenanteile an freie Träger der Kindertageseinrichtungen	172/2008
8	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen-	164/2008
9	Beteiligung eines strategischen Partners an der WSW Energie & Wasser AG	168/2008
10	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans für die Stadt Schwelm	170/2008
11	1. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR	138/2008/1
12	Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren	166/2008/1
13	SWG-Antrag vom 16.09.08: Alternativ-Antrag "Bädersituation -Bürgerbegehren-"	171/2008
14	Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades	184/2008
15	Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.08: Stärkung der Wirtschaftsförderung	177/2008
16	Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.08: Stärkung der Wirtschaftsförderung	177/2008/1
17	Mündlicher Finanzbericht	

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
18.09.2008

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.09.08 wird genehmigt.

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und
Verwaltung

Herr Dr. Steinrücke beantwortet die Fragen des Herrn Behle zum Thema Schwelmebad. Er sagt Herrn Behle die Beantwortung der Fragen aus seinem in der Sitzung vorgelegten Leserbrief zu.

- 3 Mitteilungen

Herr Dr. Steinrücke teilt mit, dass sich der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm -GSWS- in seiner Sitzung am 11.09.08 für Herrn Thilo Kramer als Geschäftsführer ab 01.01.2009 ausgesprochen habe. Herr Kramer werde sich Anfang des Jahres im Ausschuss vorstellen.

- 4 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. 154/2008
125 Abs. 2 BauGB - Planungsbeschluss für die
Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende)

Beschluss:

Dem Entwurf vom 25.08.2008 für den endgültigen Straßenausbau der Luisenstraße (Blumenstraße bis Ende) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Planentwurf für die Dauer von zwei Wochen im Fachbereich 5 zu jedermanns Einsicht und Äußerung öffentlich auszulegen und mit den berührten Trägern öffentlicher Belange abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

- 5 Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" 155/2008
1. Beschlussfassung über § 3.1 BauGB
2. Beschlussfassung über § 4.1 BauGB
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3.2
BauGB
4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden u. sonstiger
Träger

öffentlicher Belange gem. § 4.2 BauGB

Auf Nachfrage des Herrn Kranz erläutert Herr Neuburg, dass versucht werde, den Baustellenverkehr nicht ausschließlich über den Zamenhofweg sondern wenn möglich auch über die Lessingstr. zu führen.

Beschluss:

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.1 BauGB vorgebrachten Anregungen werden wie in der Sitzungsvorlage 155/2008 dargestellt, abgewogen.
2. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 155/2008 dargestellt, abgewogen.
3. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 79 „Zamenhofweg“, einschließlich der Entwurfsbegründung und der textlichen Festsetzungen (Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 155/2008) beschlossen.

Es liegen Informationen zu folgenden umweltrelevanten Aspekten vor:

- Städtökologischer Fachbeitrag

Diese Unterlagen können während der Offenlegung eingesehen werden.

Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 02.09.2008) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (387.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw.).

4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes zu Bebauungsplan Nr. 79 „Zamenhofweg“ die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

Befangen: Dr. Steinrücke

6 Bildung einer Einigungsstelle nach dem 159/2008
Landespersonalvertretungsgesetz NW

Beschluss:

Für die Dauer der Wahlperiode des Personalrates bei der Stadt Schwelm vom 01.07.2008 bis 30.06.2012 werden für die zu bildende Einigungsstelle gemäß § 67 Abs. 1 LPVG im Einvernehmen mit dem Personalrat als

Vorsitzender:

Herr Gerretz, Arbeitsgerichtspräsident beim Arbeitsgericht Herne

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Dr. Jansen, Arbeitsrichter beim Arbeitsgericht Dortmund berufen.

Die Zahl der Beisitzer/innen wird im Einvernehmen mit dem Personalrat auf 14 festgesetzt.

Gemäß § 67 Abs. 1 LPVG werden vom Rat folgende Beisitzerinnen und Beisitzer benannt:

Frau Ute Bolte	Technische Betriebe Schwelm
Frau Christa Dowidat	Fachbereich 2
Frau Marion Mollenkott	Fachbereich 3
Herrn Meinhard Esser	Fachbereich 4
Herrn Rudolf Fischer	Rechnungsprüfungsamt
Herrn Wilfried Guthier	Fachbereich 6
Herr Jürgen Kuss	Fachbereich 3

Abstimmungsergebnis: einstimmig: x
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

7 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen - 172/2008
Betriebskostenanteile an freie Träger der
Kindertageseinrichtungen

Herr 1. Beigeordneter Voß erläutert die Vorlage und die Gründe, warum durch Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes Minderaufwendungen entstanden seien, die bei Etatanmeldung für 2008 noch nicht absehbar waren und nun als Deckungsvorschlag dienen können.

Herr Gießwein führt aus, dass wie erwartet Mehrkosten durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für die Kommunen eingetreten seien. Herr Voß erwidert, dass dem Mehrbedarf eine Kostenerstattung des Landes von rund der Hälfte der Kosten entgegen stehen würde.

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.01.03.531800 - Betriebskostenanteile an freie Träger der Kindertageseinrichtungen - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 389.000,- € bewilligt.

Die Deckung ist durch

Minderaufwendungen/-auszahlungen bei den Buchungsstellen

05.03.01.533114 -Sonstige Mieten-	in Höhe von	30.000,- €,
05.03.01.533116 -Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse-	i. H. v.	50.000,- €,
05.03.01.533123 -Sonstige Mieten-	i.H.v.	20.000,- €,
05.03.01.533125 -Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	i.H.v.	50.000,- €

und

Mehrerträge/-einzahlungen bei den Buchungsstellen

06.01.03.448100 – Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen v. Land	i.H.v.	139.000,-€
06.01.03.432100 – Benutzungsgeb. und ähnliche Entgelte	i.H.v.	59.000,- €
05.03.01.421100 – Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	i.H.v.	41.000,-€

gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

8 Bewilligung von überplanmäßigen 164/2008
Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen an
natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen-

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533100 -Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 169.000,- € bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei den Buchungsstellen 05.03.01.533114 -Sonstige Mieten- in Höhe von 69.000,- € und 05.03.01.533116 -Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse- in Höhe von 100.000,- € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

9 Beteiligung eines strategischen Partners an der WSW 168/2008
Energie & Wasser AG

Herr Voß teilt ergänzend zur Vorlage mit, dass die Abwicklung des Umstrukturierungsprozesses die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates im letzten Jahr bedeuten würde. Bei der Entscheidung über die Rückabwicklung der Beteiligungen bei der RWE in Rückschritten habe er sich wegen der noch fehlenden Beschlüsse der Stimme enthalten, was für die Entscheidung jedoch unschädlich war.

Beschluss:

1. Der Vertreter der Stadt Schwelm, Herr 1. Beigeordneter Jürgen Voß, wird ermächtigt, in der außerordentlichen Gesellschafterversammlung der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH der Beteiligung der Electrabel Deutschland AG an der WSW Energie & Wasser AG zuzustimmen.

2. Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH wird ermächtigt, alle sich aus der Beteiligung ergebenden weiteren notwendigen Beschlüsse zu fassen.
3. Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH wird ermächtigt, ggf. erforderlichen Änderungen in den vorliegenden Verträgen, soweit sie lediglich redaktionell und/oder geringfügig sind, ohne erneute Befassung des Rates zuzustimmen.
4. Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH wird ermächtigt, den entsprechenden Beschlüssen der Vertreter der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH in der Hauptversammlung der WSW Energie & Wasser AG zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

10 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans für die 170/2008
 Stadt Schwelm

Herr Dr. Steinrücke weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Feuerwehrgebührensatzung zurückgestellt wurde, da noch Abstimmungen mit den Nachbarstädten erfolgen sollen. Er begrüßt Herrn Siepe von der Firma Rinke, der das Gutachten zur Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes vorstellt und die wesentlichen Feststellungen der Untersuchung erläutert.

Nach dem Vortrag, der als eine Maßnahme die Einrichtung einer Koordinierungsstelle vorschlägt, sieht Herr Gießwein einen Widerspruch darin, dass bei Einrichtung der Kreisleitstelle seinerzeit davon ausgegangen wurde, diese reiche aus, so dass eine Koordinierungsstelle in der Hauptwache eingespart werden könne. Nun würde gerade diese Stelle vorgeschlagen. Herr Siepe erläutert, warum in Krisensituationen besonders bei Großeinsätzen eine Koordinierung der Einsätze erforderlich sei. Herr Dr. Steinrücke ergänzt, dass es bei Großeinsätzen vorkommen könne, dass die Wache zeitweise gar nicht personell besetzt sei und keiner die Einsatzsteuerung übernehmen könne.

Auf die Frage des Herrn Schwunk, welche Maßnahmen die Verwaltung aufgreifen werde, um die Freiwillige Feuerwehr zu unterstützen, erklärt Herr Dr. Steinrücke dass eine Bevorzugung von freiwilligen Feuerwehrkräften bei einer Stellenbesetzung nicht möglich sei. Er werde die Feuerwehr stärker in den Focus rücken und halte z. B. die Bauunterhaltung der Wache Linderhausen für wichtig. Kleinere Schadensfälle wie Ölsuren sollten bis zum Verursacher hin verfolgt werden und vermehrt durch einen kostengünstigeren Einsatz der TBS beseitigt werden. Durch eine Pendleranalyse wird zur Zeit geprüft, inwieweit auswärtige Feuerwehrkräfte mit Arbeitsort Schwelm zur Mitarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr bewegt werden können. Auch bei den städtischen Mitarbeitern sei Potenzial vorhanden, ebenso wie bei den über 60jährigen, auf die bei Großeinsätzen bereits jetzt zurückgegriffen werde. Herr Fichtel appelliert an alle Fraktionen und Vereine für die Freiwillige Feuerwehr zu werben.

Auf Nachfrage des Herrn Hannuschka erklärt Herr Fichtel, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten ohne Probleme laufe und eine gegenseitige Unterstützung statfinde.

Beschluss:

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Schwelm in der Fassung des Entwurfs des Büros Rinke vom (5.2.2008) wird beschlossen.

Dem Vorschlag des Gutachters zur Besetzung der Funktion eines „Wachkoordinators“ Im Tagesdienst soll gefolgt werden.

Der hieraus sich ergebende Personalmehrbedarf von 1,5 Stellen im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst soll ab 2009 im Stellenplan berücksichtigt werden.

Sollten sich durch neue Erkenntnisse hinsichtlich der Auslastung der Koordinierungsstelle außerhalb des Tagesdienstes und/oder die neue Arbeitszeitverordnung Feuerwehr (voraussichtlich Ende 2010) Veränderungen des Personalbedarfs der Wehr (hauptamtliche Kräfte) ergeben, ist eine vorzeitige Anpassung der Personalbedarfsberechnung des Brandschutzbedarfsplans vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein besonderes Programm zur Gewinnung ehrenamtlicher Wehrmitglieder für den Einsatzdienst aufzulegen, entsprechende Haushaltsmittel sollen für den Etat 2009 vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

11 1. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR 138/2008/1

Beschluss:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Schwelm für das Kommunalunternehmen „Technische Betriebe der Stadt Schwelm, Anstalt öffentlichen Rechts“ wird entsprechend dem Entwurf zur Vorlage 138/2008/1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

- 12 Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren 166/2008/1

Die Tagesordnungspunkte A 12 und A 14 werden gemeinsam beraten.

- 13 SWG-Antrag vom 16.09.08: Alternativ-Antrag "Bädersituation -Bürgerbegehren-" 171/2008

Antrag wurde zurückgezogen

- 14 Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades 184/2008

Herr Flüshöh erläutert den gemeinsamen Antrag und sieht Gemeinsamkeiten zu dem Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Frau Dr. Hortolani bedauert, dass nicht bereits im Frühjahr ein gemeinsamer Weg gefunden wurde. Für eine Entscheidung möchte sie allerdings den erteilten Sonderprüfungsauftrag Bäder abwarten. Nach eingehender Diskussion über das gelaufene Verfahren erläutert Herr Dr. Steinrücke, dass beide Anträge sich ähneln und dem Bürgerbegehren nicht entgegen stehen würden. Es solle nicht abschließend abgestimmt, sondern bis zur Ratsitzung am 30.10.08 versucht werden, die Anträge interfraktionell abzustimmen. Damit könne ein Signal für den Trägerverein gesetzt werden, dass die Schwelmer Politik mehrheitlich die Öffnung des Freibades begrüßt. Außerdem könne Planungssicherheit gewonnen werden.

Herr Dr. Steinrücke macht deutlich, dass er die Punkte 1 und 3 des Antrages der Fraktionen BfS/CDU/SWG wie auch den Punkt 2 im Antrag der Fraktionen SPD/B90 Grüne/FDP dahingehend verstehe, dass die Verwaltung bei entsprechender Beschlussfassung einen Vertrag mit dem Trägerverein oder einer nachfolgenden juristischen Person (Verein, Genossenschaft, GmbH o.ä.) erarbeite und abstimme und diesen dem Rat zu gesonderter Beschlussfassung vorlege. Er erklärt, dass er auf der Grundlage des einen oder anderen Beschlusses (Vorlage 166/2008 und 184/2008) in der Ratsitzung am 30.10.08 keinesfalls einen Vertrag von derartiger Reichweite als Geschäft der laufenden Verwaltung schließen werde.

Die Fraktionen sind sich einig, dass man sich über die Anträge noch einmal interfraktionell abstimmen werde und die Beschlussfassung im Rat erfolgen soll.

- 15 Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.08: Stärkung der Wirtschaftsförderung 177/2008

abgesetzt, Neufassung siehe Tagesordnungspunkt A 16

- 16 Antrag der FDP-Fraktion vom 24.09.08: Stärkung der Wirtschaftsförderung 177/2008/1

Herr Dr. Steinrücke bemerkt aus Sicht der Verwaltung zu dem Antrag der FDP-Fraktion, dass dem in Ziffer 1 geforderten Berichtswesen nichts entgegenstehe. Auch eine stärkere Beteiligung der GSWS sei möglich. Denkbar sei eine Beteiligung im

Bereich Planung und den Katalog zur Agenda 21 auf die Wirtschaftsförderung auszudehnen.

Aufgrund dieser Zusage von Dr. Steinrücke, die GSWS stärker in Prozesse einzubinden und an den Sitzungen des Ausschuss Umwelt und Stadtentwicklung teilnehmen zu lassen, verzichtet Herr Schwunk auf die Abstimmung.

Die ersten Gespräche könnten im Januar bei Vorstellung des neuen Geschäftsführers im Ausschuss begonnen werden.

17 Mündlicher Finanzbericht

Herr Voß teilt mit, dass Kassenkredite wegen der Unsicherheiten auf dem Finanzmarkt nur für 30 Tage mit einem Zinssatz von unter 5% aufgenommen wurden. Bei der Einkommensteuerentwicklung gehe er von einer Verbesserung aus. Allerdings werden die Schlüsselzuweisungen gesenkt, so dass sich im Ergebnis kaum was ändern werde.

Die Frage des Herrn Hannuschka inwieweit sich die Finanzkrise auf die Kommunen auswirken würde, kann seriös zur Zeit nicht beantwortet werden.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 13 der Sitzungsniederschrift. vom heutigen Tage.

Schwelm, den 21.10.08

Schriftführerin
gez.
Heringhaus

Der Bürgermeister
gez.
Dr. Steinrücke